

Kühne, Karl

Article — Digitized Version

Die Konjunktursituation Europas im Jahre 1973

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kühne, Karl (1973) : Die Konjunktursituation Europas im Jahre 1973, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 1, pp. 27-30

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134491>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftsentwicklung

Die Konjunktursituation Europas im Jahre 1973

Karl Kühne, Brüssel

Ein Ausblick auf die Konjunktursituation der europäischen Länder¹⁾ im Jahre 1973 wird von drei Grundfaktoren ausgehen müssen: erstens von der Tatsache, daß mit fortschreitender Integration der konjunkturelle Zusammenhang zwischen den Ländern der Wirtschaftsgemeinschaft immer enger geworden ist; zweitens, daß diese Entwicklung in ein Klima währungspolitischer Unsicherheit eingebettet bleibt, das zeitweilig die Bedeutung der traditionellen „Fremdbestimmung“ des europäischen Konjunkturzyklus durch die Konjunktur in den Vereinigten Staaten fast zu übertreffen scheint; und drittens, daß die Auftriebsfaktoren, die sich seit dem zweiten Quartal 1972 in allen Ländern abzeichnen, von einer starken Beschleunigung des Preisanstiegs begleitet werden.

Im Vordergrund aller wirtschaftspolitischen Erörterungen in der Gemeinschaft stand in jüngster Zeit das Problem, daß weltwirtschaftliche Vorgänge – vor allem die defizitäre Zahlungsbilanzsituation der USA – mit „endogenen“ Kräften einer Antizipierung der inflationären Tendenzen zusammenwirken. Dies führte dazu, daß man den Geldmengenbewegungen erhöhte Aufmerksamkeit widmete und daß der Ruf nach Konjunkturdämpfungsmaßnahmen schon zu einem Zeitpunkt ertönte, in dem erst eine Erholung nach der vorangegangenen konjunkturellen Abflachung zu verzeichnen war.

Die Weltkonjunktur

Aus den Quartalsberichten der Gemeinschaft ist für die Vereinigten Staaten 1972 ein beschleunigtes Wachstum abzulesen. Die Bruttoinvestitionen waren expansiv, der Wohnungsbau – der in den siebziger Jahren konjunkturstützend wirkt – nahm

stark zu, und eine steigende Beschäftigung und steigende Löhne führten zu einer beträchtlichen Zunahme des privaten Verbrauchs, die eine Aufstockung der Läger hervorrief. Die Industrieproduktion nahm gegenüber 1971 um mehr als 8 %, das Bruttosozialprodukt um rund 6 % zu. Die Preissteigerung verlangsamte sich und lag bei kaum 3 %. Die Arbeitslosigkeit blieb allerdings weit über der 5 %-Grenze.

Das Zahlungsbilanzdefizit (auf offizieller Reservetransaktionsbasis) der USA – in dem sich eine der inflationären Quellen für die Weltwirtschaft widerspiegelt – betrug in der ersten Jahreshälfte 1972 nur mehr rund 4 Mrd. \$ gegenüber 18 Mrd. \$ in der gleichen Vorjahreszeit. Dafür blieb allerdings bei starker Importnachfrage das Handelsbilanzdefizit mit über 3,5 Mrd. \$ im ersten Halbjahr weit über dem Vorjahresniveau (900 Mill. \$ im ersten Halbjahr 1971!). Dies dürfte auf eine Fortdauer der fundamentalen Ungleichgewichte in der US-Außenwirtschaftssituation hindeuten. Der kanadische Aufschwung, der allerdings mit Preissteige-

¹⁾ Quellen: Konjunkturberichte der Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen: Die Wirtschaftslage der Gemeinschaft; Berichte über die Ergebnisse der Konjunkturbefragung bei den Unternehmern in der Gemeinschaft; Konjunkturstatistiken des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften; Halbjahresbericht der OECD über die Wirtschaftsaussichten vom 20. 12. 1972. Jahresgutachten des Sachverständigenrates vom 24. 11. 1972.

Dr. rer. pol. Karl Kühne, 55, ist seit 1959 bei der EG in der Generaldirektion Verkehr tätig. Er beschäftigt sich zudem mit Konjunktur-, Wettbewerbs- und Steuerfragen.

rungen verbunden ist, spiegelt die Expansion in den USA intensiv wider.

In den Industrieländern, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, hat sich – vor allem im Zeichen wachsender Exporte – der Aufschwung ebenfalls verstärkt; er wurde teilweise durch zunehmende Bautätigkeit und eine endogene Nachfragesteigerung untermauert. Für die Entwicklungsländer ergab sich daraus eine Zunahme der Rohstoffnachfrage auf dem Weltmarkt, wodurch die für sie negativen Folgen der Währungskorrekturen Ende 1971 ausgeglichen wurden; stabile Rohstoffpreise erlaubten eine gewisse Belebung ihrer Einfuhren, die sich auf ihre Binnenexpansion positiv auswirken dürfte.

Die Konjunktur 1972

Die konjunkturelle Entwicklung in der Gemeinschaft der Sechs hatte zu Jahresanfang 1972 einen erheblichen Impuls durch steigende Exporte erfahren, deren Zuwachsraten in der ersten Jahreshälfte mehr als 6 % betrug. Gleichzeitig beschleunigte sich die Inlandsnachfrage: Trotz begrenzter Gewinn- und Selbstfinanzierungsmöglichkeiten nahm die Investitionsneigung insgesamt zu. Die Vorratsbildung, die 1971 schwach ausgeprägt war, erfuhr neue Impulse. Die Bautätigkeit, vor allem im Wohnungssektor, blieb lebhaft.

Der private Verbrauch hatte sich – außer in Frankreich – bis Anfang 1972 verlangsamt, nahm aber dann im Zeichen der Beschäftigungs- und Lohnexpansion zu. Das Bruttosozialprodukt und die Industrieproduktion stiegen in der ersten Jahreshälfte in Frankreich und den Beneluxländern stark, in der Gemeinschaft insgesamt gemäßigt an. Die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft blieb noch über dem Vorjahresstand, sie war jedoch stark auf einige Regionen konzentriert. Der innergemeinschaftliche Handel nahm kräftig zu, die Einfuhr stieg vor allem durch Rohstoffimporte kontinuierlich, und die Handelsbilanz verbesserte sich weiter.

So erschien denn zum Jahresende allein die anhaltende Verbraucherpreissteigerung mit einer Jahresrate um 6 % besorgniserregend: Diese Durchschnittsraten verdeckt jedoch sehr unterschiedliche Trends: In Belgien, Frankreich und Italien nahm die prozentuale Steigerung vom 1. zum 3. Quartal noch zu (von 1–1,3 auf 1,6 bzw. 2 Prozentpunkte pro Vierteljahr), in Deutschland und in den Niederlanden aber ab (1. Quartal: 2,1 bzw. 2,5; 3. Quartal: 1,6 bzw. 1,3). Dies deutet vielleicht auf eine erste Abschwächung des inflationären Trends hin.

Diese Schlußfolgerung wird jedoch nicht von den Gemeinschaftsinstanzen gezogen. Sie messen

offenbar der Tatsache, daß die Niederlande die höchste Jahresrate der Preissteigerung – 7,5 % – haben, besondere Bedeutung zu. Denn dieses Land schien die Geldmengenvermehrung mit einer Steigerung von nicht ganz 10 % 1972 noch am ehesten in den Griff bekommen zu haben, während die anderen Länder zur Jahresmitte eine Rate von 15 % erreichten und überschritten (Großbritannien wies gar eine Zunahme um 25 % auf). Allerdings ist die statistische Vergleichbarkeit dieser Daten nicht voll gesichert.

Die Entwicklung in den Beitrittsländern

Die wirtschaftliche Lage der neuen Beitrittsländer entsprach Ende 1972 nicht ganz derjenigen in der Gemeinschaft der Sechs: Zwar war in Irland wie auch in Großbritannien eine Festigung der Konjunkturlage zu beobachten. Jedoch stieg die Industrieproduktion in Irland bei einer hohen Arbeitslosenquote (Juli: 7,7 %) nur um etwas über 3 %. Großbritannien erreichte zur Jahresmitte mit einer Zunahme der Industrieproduktion um 4,5 % dieselbe Rate wie die Bundesrepublik und etwas mehr als Italien, blieb aber hinter den anderen Ländern (im 2. Quartal Frankreich 8 %, Niederlande 9 %, Belgien 6,2 %) weit zurück und konnte seine Arbeitslosenquote nur geringfügig von 3,8 auf 3,6 % senken, obwohl es mit 7 % nahezu die niederländische Preissteigerungsrate erreichte.

Die Preissteigerungen in Dänemark blieben mit 6,5 % unter dem britischen Wert, während die Arbeitslosigkeit mit 4 % über dem britischen Niveau lag. Dänemark erfuhr allerdings im ersten Halbjahr einen besonders starken Exportaufschwung (über 20 %), wodurch das Wachstum der Industrieproduktion und des Sozialprodukts (+ 4 %) angeregt wurden. Insbesondere die Bautätigkeit nahm sehr stark zu. Allerdings ist hier – wie auch in den anderen Beitrittsländern – eine gewisse Stagnation der Anlageinvestitionen der Unternehmen zu beobachten. Vor diesem Hintergrund muß die Prognose für die nächste Zukunft gesehen werden.

Die Prognose für die Gemeinschaft

Für die USA zeichnet sich eine lebhaftere Expansion mit allmählicher Zunahme der Investitionsneigung der Unternehmen, Aufstockung der Lager und günstiger Wohnungsbaukonjunktur ab, die vom Lohn- und Verbrauchsauftrieb getragen wird. Das reale Bruttosozialprodukt, das 1970 leicht zurückgegangen war, soll 1972 mit 6 % seine Wachstumsrate ungefähr verdoppeln. Man rechnet allerdings mit einer nur mäßigen Beschäftigungszunahme bzw. einem nur allmählichen Rückgang der hohen Arbeitslosenquote (1972 noch 5,7 %

gegen 5,9 % 1971), weil große Produktivitätsfortschritte erzielt wurden. Da sich die Währungsbehörden um eine gemäßigte Ausweitung des Geldvolumens bemühen, hofft man, die Preissteigerung weiter in Grenzen halten zu können. Man erwartet sogar – wichtig für den „hot-money“-Sog! – eine Aufwärtstendenz bei den Zinssätzen.

In den übrigen Industrieländern kann mit einem beschleunigten Wachstum und einer intensiveren Einfuhrzunahme gerechnet werden; letzteres gilt auch für die Entwicklungsländer. Außerdem geht man von einer Zunahme der Importe der Staatshandelsländer aus.

Aufgrund dieser Tendenzen erwartet man, daß eine Belebung des Handelsaustausches zwischen der Gemeinschaft und der übrigen Welt einsetzen wird. Als retardierendes Element sieht man einmal die Höherbewertung der Währungen der Mitgliedsländer, die zu einem leichten Rückgang des EWG-Anteils am Welthandel führen wird. Und zweitens kann in den ersten Monaten dieses Jahres ein „Abwarteeffekt“ einsetzen, weil für den 1. April 1973 eine Senkung der Zölle auf gewerbliche Erzeugnisse um 20 % angesetzt wurde.

Für die EWG der Sechs wird schon in den Wintermonaten mit einer stärkeren Belebung der Konjunktur gerechnet; vor allem sollen die Investitionsausgaben expandieren, speziell in Frankreich. In Deutschland und Italien hat die Zahl der Baugenehmigungen für die Industrie zugenommen. Als Hauptauftriebskräfte gelten die Exportindustrie und der private Verbrauch, der aufgrund der Lohn erhöhungen zunehmen wird.

Trotz der erwarteten Produktivitätsfortschritte glaubt man nicht, daß sich der Stückkostenanstieg spürbar verlangsamen wird. Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit erwartet man Stabilisierungstendenzen. Und die Inlandsnachfrage, die Währungsanpassung und die Kapazitätsauslastung sollen zur Einfuhrexpansion führen, die den Handelsbilanzüberschuß verringern kann.

Die Aussichten für Frankreich

Für Frankreich rechnet man mit einer weiteren Expansion, die sich auch auf die Investitionsneigung der Unternehmer belebend auswirken wird. Die entsprechenden Investitionsanreize und günstigen Finanzierungsmöglichkeiten sind vorhanden. Investitionsausgaben der öffentlichen Hand auch für den Wohnungsbau sollen beschleunigt zunehmen, die Löhne und Sozialleistungen steigen; und man rechnet mit steigenden Preisen, so daß der Konsum kaum durch eine größere Sparneigung gebremst werden dürfte.

Hemmend kann sich die starke Kapazitätsauslastung in der Konsum- und Exportindustrie auswirken. Hinzu kommen strukturelle Faktoren wie z. B. eine ungenügende Berufsausbildung und die ungünstige geographische Streuung der Produktionsfaktoren. Allerdings hält man die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft für nicht beeinträchtigt. Steigende Einfuhren werden keine Zahlungsbilanzüberschüsse aufkommen lassen.

In ihren Verlautbarungen zum Jahresende hat die OECD diese Feststellungen noch ergänzt durch die Betonung des knappen Kapazitätsspielraums in Frankreich im Vergleich zu anderen Ländern. Die OECD meint allerdings, im Zeichen steigender Preise könne es zu einer leichten Abschwächung der Bruttoinvestitionen kommen, vor allem aufgrund der Verlangsamung der Investitionen im öffentlichen Sektor und im Wohnungsbau.

Zwar sollen die Gewinne an Ausfuhrmarktanteilen geringer als 1972 sein, da nach Meinung der OECD die französische Wettbewerbsfähigkeit doch etwas nachgelassen hat. Die OECD ist jedoch der Überzeugung, daß die Weltexpansion Frankreich zugute kommen wird. Im Gegensatz zur Gemeinschaft sagt sie daher Frankreich einen Außenhandelsüberschuß voraus – überraschenderweise in einer Höhe von rund 1 Mrd. \$.

Die Produktionssteigerung hat nach Ansicht der OECD zugenommen, so daß nicht erfüllte Planziele jetzt doch noch erreicht werden können. Die Preise gäben zwar Anlaß zur Besorgnis, jedoch betont die OECD, daß die Hauptursachen in den kürzlich ausgelösten starken Nahrungsmittelpreissteigerungen zu suchen wären. Allerdings würden nach Ende des Preisstopps auch die Preise für öffentliche Leistungen stark zunehmen. Wieweit sich die antiinflationären Maßnahmen der Regierung auswirken werden, bleibt noch offen; zusätzliche, die Preisentwicklung dämpfende Faktoren liegen jedenfalls nicht vor.

Unsichere Perspektiven für Italien

Mindestens seit April deuteten die meisten statistischen Indikatoren auf eine Überwindung der Rezession in Italien hin, wengleich die Arbeitslosenzahl nach den hochgerechneten ISTAT-Daten noch im Juli bei 727 000 (Juli 1971: 589 000) lag. Trotz dieser Entwicklung ist die EWG-Beurteilung Italiens vorsichtig: Man geht von der Annahme aus, daß die Lohnrunde des Herbstes – die bisher größte der Geschichte Italiens – nur zu geringen Produktionsausfällen führt und daß mit dem endgültigen Inkrafttreten der Mehrwertsteuer Unsicherheitsfaktoren wegfallen. Dennoch befürchtet man, daß u. U. die Erholung der Investitionsneigung nicht den Erwartungen entsprechen könnte. Positive Hoffnungen knüpfen sich allerdings an

die psychologische Klimaverbesserung, an die günstigen Perspektiven für Auslands- und Inlandsnachfrage, an das reichliche Kreditangebot — die Geldmengenzunahme 1972 betrug nahezu 20 % — und an die Umsatzsteuerbefreiung der Investitionen, die nun seit Mai 1972 besteht. 1972 hatten die Bruttoanlageinvestitionen real noch um 2 % unter dem Vorjahresniveau gelegen, 1971 waren es minus 4,9 %!

Neben der Lohnrunde haben auch Pensionsanhebungen zu einer Untermauerung des privaten Verbrauchs geführt. Trotz der bestehenden Unterauslastung der Kapazitäten befürchtet man bei einer Nachfragezunahme Preissteigerungen, weil die Unternehmer angesichts ihrer schlechten Ertragslage Preiserhöhungen durchzusetzen versuchen, wozu die Einführung der Mehrwertsteuer den willkommenen Anlaß bieten könnte. Dies setzt starke monopolistisch-oligopolistische Positionen voraus, über die der EWG-Bericht jedoch nichts sagt.

Immerhin deutet auf eine stärkere Konjunkturbelebung die Tatsache, daß seit Herbstbeginn in Unternehmerkreisen die Zahl derer zunimmt, die die Auftragsbestände für ausreichend und besser halten. Allerdings hat sich gleichzeitig die Zahl derer, die nicht sehr positive Produktionserwartungen für die Zukunft hegen, leicht verstärkt und die Zahl derer, die die Produktionskapazitäten für zu groß halten, erhöht.

Anhaltender Aufschwung in den Beneluxländern

In den Niederlanden wie in Belgien und Luxemburg rechnet man mit einer Fortdauer des Aufschwungs, der sich in den Niederlanden insbesondere auf die Investitionen der öffentlichen Hand und den privaten Verbrauch und in allen drei Ländern auf die Auslandsnachfrage stützt. Allerdings hat Luxemburg bei der Entwicklung der Inlandsnachfrage nach der Gemeinschaftsdiagnose mit einer leichten Verlangsamung zu rechnen. Und auch wenn in Belgien die Inlandsnachfrage erst relativ langsam zunimmt, so rechnet man doch mit einer zunehmend stimulierenden Wirkung durch sie und durch eine Exportzunahme, die die Erwartungen übertreffen soll.

Obwohl es in Belgien für notwendig gehalten wird, daß sich der Anstieg des Budgetdefizits verlangsamt, rechnet man mit weiteren Impulsen von dieser Seite, die bei Erreichung der Kapazitätsgrenzen auch die Investitionsneigung in den Unternehmen verbessern sollten. Die realen Bruttoanlageinvestitionen haben 1972 in Belgien das Vorjahresniveau um immerhin 1,5 % überschritten, während sie 1971 um 2,8 % hinter 1970 zurückgeblieben waren.

In den Niederlanden wirken insbesondere die Investitionsprogramme im Wohnungsbau belebend auf die Anlageinvestitionen, wenngleich die Kapazitätsgrenzen noch keineswegs erreicht sind. 1972 waren die Bruttoinvestitionen in den Niederlanden real um 4 % unter dem Vorjahresniveau geblieben, und 1971 lagen sie nur um 2 % über dem Niveau von 1970. Die private Verbrauchsnachfrage, die sich noch vor einigen Monaten zurückhielt, wird sich damit beleben. Verstärkt wird diese Tendenz durch Lohn- und Preissteigerungen, wobei die Lohnsteigerungen durch Indexbindungen gewissermaßen automatisiert sind. Wenn auch die Preissteigerungstendenzen in allen Beneluxländern akut bleiben, so scheinen sie sich doch am schärfsten in den Niederlanden bemerkbar zu machen.

Die neuen Mitgliedsländer

Sowohl für Dänemark als auch für Irland rechnet man mit einer Festigung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung. In Dänemark befürchtet man allerdings angesichts neuer Steuerregelungen eine Beeinträchtigung des Wohnungsbaus, der aber aufgrund einer starken Zunahme der Baubeginne zumindest während der kommenden Monate auf hohem Niveau zu verbleiben scheint. Für die Landwirtschaft und für die Industrie verspricht man sich vom EWG-Beitritt Investitionsimpulse, die ebenfalls durch eine starke Zunahme der öffentlichen Investitionen auch auf regionalpolitischer Ebene gefördert werden. Die Steigerung des privaten Verbrauchs wird durch eine höhere Sparneigung etwas gebremst werden. Die Arbeitslosenquote soll auch 1973 noch zwischen 3,5 und 4 % liegen. Und hinsichtlich der Handelsbilanz rechnet man mit einer Verschlechterung ab dem 1. 4. 1973, wenn die Einfuhrsondersteuer ausläuft.

Für Irland erwartet man eine Zunahme des Sozialprodukts von höchstens 3 %, obwohl der Außenhandel durch den Beitritt belebt wird und ein öffentliches Investitionsprogramm besteht. Das Handelsbilanzdefizit Irlands soll weiter zunehmen.

In Großbritannien rechnet man mit einer Expansion aufgrund der haushaltspolitischen Maßnahmen und der de-facto-Pfundabwertung. Steuererleichterungen und Lohnanhebungen sollen die Inlandsnachfrage beleben, wobei allerdings von den öffentlichen Verbrauchsausgaben nur ein abgeschwächter Impuls ausgehen soll. Die Bruttoanlageinvestitionen sollen dagegen nur in den verstaatlichten Industrien und im Wohnungsbau stärker zunehmen, nicht aber bei den privaten Unternehmen. Dennoch hofft man auf eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um 3,5 % und auf eine stärkere Steigerung der Industrieerzeugung. Die Handelsbilanz Großbritanniens soll sich in einem gewissen Umfange verschlechtern.